



# POSTULAT

**Urheber** Valentin Aymon (Suppl.), AdG/LA, und Mitunterzeichner  
**Gegenstand** Bevorzugung von Lehrbetrieben bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen  
**Datum** 13.09.2017  
**Nummer** 3.0346

---

Die Berufslehre ist eine der Säulen unseres Ausbildungssystems. Unser duales Berufsbildungssystem wird übrigens auch im Ausland in den höchsten Tönen gelobt.

Die Jugendlichen in Ausbildung und ihre Arbeitgeber unternehmen grosse Anstrengungen. Allerdings beklagen sich die Arbeitgeber regelmässig darüber, dass ihnen die Anstellung von Lernenden nichts bringt.

Die Tatsache, dass sie im Wallis wohnhafte Jugendliche beschäftigen, wird denn auch bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen nicht honoriert. Nur allzu oft erhalten ausserkantonale Unternehmen oder Unternehmen, die keine Lernenden ausbilden, und die erst noch bei den Personalkosten sparen, indem sie Arbeiter ohne EFZ beschäftigen, den Zuschlag.

In diesem Zusammenhang sei an die vom Luzerner CVP-Nationalrat Ruedi Lustenberger eingereichte parlamentarische Initiative erinnert, mit der gefordert wird, dass die Ausbildung von Lernenden als Kriterium für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen berücksichtigt wird. Diese parlamentarische Initiative wurde von den eidgenössischen Räten angenommen und am 1. April 2015 umgesetzt.

## **Schlussfolgerung**

Mit dem vorliegenden Postulat wird der Staatsrat aufgefordert, die Verordnung über das öffentliche Beschaffungswesen zu ändern. Den Lehrbetrieben muss Priorität eingeräumt werden. Allerdings muss eine Ausnahme für die internationalen Aufträge vorgesehen werden, da das schweizerische Berufsbildungssystem in anderen Ländern nicht die Regel ist.